

Neun Fragen an die Parteien zur Landtagswahl in Sachsen 2019

gestellt von den sächsischen Studentenwerken

Frage 1: Wie steht Ihre Partei zum Hochschulentwicklungsplan 2025 (insbesondere zur gezielten Absenkung der Studierendenzahl) und welche Vorschläge zur Kompensation der damit verbundenen Ergebnisverschlechterung für die Studentenwerke haben Sie?

Die Freiheit von Forschung und Lehre stehen für uns an erster Stelle. Leider erleben wir zunehmend, dass diese Freiheit von Sparzwängen bedroht wird. (Hoch)schulpolitik wird in Sachsen vom Finanzministerium gemacht. Wir fordern eine Reformierung des Hochschulentwicklungsplanes mit Fokus auf den Aufbau und die stärkere Vernetzung von Kompetenzclustern in ganz Sachsen statt weiterer Zentralisierung. Vor allem müssen kleinere Hochschulen in Leuchtturmregionen außerhalb der Ballungsräume stärker unterstützt und dort vordringlich Kompetenzcluster etabliert werden. Die Anzahl der Neueinschreibungen darf keine Plangröße sein, die die Landesregierung durch Änderung der Zugangsbeschränkungen wahlweise anhebt oder absenkt. Sachsenweit müssen einheitliche Mindeststandards geschaffen werden, welche die jeweiligen Hochschulen selbstbestimmt weiter differenzieren können. Diese Differenzierung sollten die Hochschulen in Abstimmung mit lokalen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Studentenwerken vornehmen.

Frage 2: Wie will sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Erhaltung und Modernisierung der sozialen Infrastruktur der Studentenwerke (insbesondere bei Studentenwohnheimen und Mensen) nachhaltig und verlässlich finanziert wird und soziale Mietpreise in den Studentenwohnheimen trotz eines hohen Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarfes erhalten bleiben?

Für uns ist Bildung ein Menschenrecht aller Altersklassen. Jeder soll freien Zugang zum Wissensschatz der Menschheit haben, um sich individuell und selbstbestimmt informieren und ein Leben lang lernen zu können. In diesem Sinne setzen wir uns auf Bundesebene für ein lebenslanges, bedingungsloses BAföG ein. Dieses muss in einer Höhe gewährt werden um auch steigende Miet- und Essenspreise auszugleichen. Wir sehen Studentenwerke langfristig in der Pflicht ihr Angebot wirtschaftlich aufzustellen um am freien Markt als Anbieter konkurrenzfähig zu sein. Auf dem Weg dorthin wollen wir sie jedoch begleiten und eine hohe Qualität des Angebots sichern. Die Hochschule ist nicht nur ein Ort des Wissens, sondern auch ein Ort der persönlichen Entwicklung und der Gemeinschaft. In diesem Sinne wollen wir den Hochschulraum für alle Bevölkerungsschichten öffnen und zu Teilhabe, Mitwirkung und gesellschaftlichem Diskurs einladen.

Frage 3: Welche Notwendigkeit sieht Ihre Partei für langfristige Finanzierungsvereinbarungen mit den Studentenwerken zum laufenden Betrieb von Verpflegungseinrichtungen, und wie will sie diese umsetzen?

Wie in unserer Antwort auf Frage 2 dargelegt setzen wir uns auf Bundesebene für ein lebenslanges, bedingungsloses BAföG ein. Dieses muss in einer Höhe gewährt werden um auch steigende Miet- und Essenspreise auszugleichen. Die Verflechtungen zwischen Staat und Hochschule müssen verringert und die Hochschulen in ihrer Autonomie gestärkt werden. Dazu gehört, dass sie zur soliden Finanzplanung auf Einnahmen aus ihrer Studierendenschaft rechnen können. Dies wertet zudem die Studierenden auf. Hochschulen müssen sich stärker um sie als Finanzierungsquelle kümmern und sind weniger vom Finanzministerium des Landes abhängig.

Frage 4: Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zu einer verlässlichen staatlichen Förderung einer Grundversorgung der Studierenden mit sozialen Beratungsangeboten durch die Studentenwerke?

Wir sehen in sozialen und beruflichen Beratungsangeboten einen essentiellen Bestandteil funktionaler Bildungspolitik. Dadurch wird einerseits gewährleistet, dass Studenten möglichst frühzeitig und niederschwellig Probleme ansprechen, erkennen und ihnen entgegenwirken können. Andererseits sollte die Beratung auch dazu befähigen die Studien- oder Ausbildungswahl selbstbewusst zu überdenken und entweder zu bestätigen oder eine neue Wahl zu treffen, die den eigenen Interessen, Wünschen und Fähigkeiten besser entspricht. Daher setzen wir uns für eine verlässliche staatliche Förderung solcher Angebote ein.

Frage 5: Wie steht Ihre Partei dazu, für die Finanzierung ergänzender Betreuungsmodelle speziell für studienbedingte Sonderfälle bei der Kinderbetreuung eine Experimentierklausel im SächsKitaG einzuführen?

Um Eltern im Studium zu unterstützen, setzen wir uns für eine flexible Kinderbetreuung und eine damit verbundene Überarbeitung des sächsischen Kindertagesstättengesetzes ein. Die bisherigen freiwilligen Angebotsformen von einzelnen Universitäten begrüßen wir, allerdings sind diese bisher die Ausnahme. Eine Experimentierklausel sehen wir als eine Möglichkeit an, eine flexible Betreuung gesetzlich zu verankern und somit die Vereinbarkeit von Studium und Familie zu gewährleisten. So wird eine bedarfsgerechte Unterbringung der Kinder - ganztags oder stundenweise - in einer Betreuungseinrichtung ermöglicht.

Frage 6: Wie ist die Meinung Ihrer Partei zur Förderung gemeinsamer Aktivitäten von Studentenwerken und Hochschuleinrichtungen zur Weiterentwicklung der Inklusion von beeinträchtigten Studierenden?

Wir sehen Inklusion als das Recht jedes Menschen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen

Leben teilzunehmen. Eine inklusive Gesellschaft schätzt den Menschen um seiner selbst willen. Sie fördert und fordert ihn auf der Grundlage seiner Möglichkeiten und bietet jedem Einzelnen Teilhabe und Chancengleichheit. Für uns ist Inklusion nicht nur ein gesellschaftliches Prinzip der Wertschätzung, Akzeptanz und Solidarität sondern auch ein Menschenrecht. Es ist unmittelbar verknüpft mit der Menschenwürde und den Ansprüchen auf Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Damit ist Inklusion für uns ein wichtiges Prinzip, ohne dessen Anwendung die Durchsetzung der Menschenrechte unvollständig bleibt. Wir sehen Vielfalt als eine Stärke der Gesellschaft. Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Individuelle Gestaltungsvarianten in einer inklusiven Bildungslandschaft ermöglichen eine hohe Qualität und stärken die Gemeinschaft innerhalb einer Gesellschaft. Die gemeinsamen Aktivitäten von Studentenwerken und Hochschuleinrichtungen zur Weiterentwicklung der Inklusion von beeinträchtigten Studierenden unterstützen wir daher vollumfänglich.

Frage 7: Welchen Standpunkt nimmt Ihre Partei zum Thema Internationalisierung der Hochschulen und zur Förderung der Integration internationaler Studierender durch Hochschulen und Studentenwerke ein?

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte stehen die Vermittlung demokratischer Werte und die humanistische Aufklärung im Vordergrund. Wir sehen Sachsen als weltoffene Region im Herzen Europas und möchten dies auch in der Hochschulbildung widerspiegeln. Bildung ist nicht nur eines der besten Mittel zur Integration sondern auch zur internationalen Verständigung, für Weltoffenheit, Fortschritt und Toleranz. Die Integration internationaler Studierender ist in diesem Sinne besonders zu unterstützen. Wir unterstützen den Ausbau von englisch- bzw. dualsprachigen Studienangeboten.

Frage 8: Ist Ihre Partei der Meinung, dass die öffentlich-rechtliche Zusammenarbeit von Hochschulen, Studentenwerken und anderen öffentlichen Aufgabenträgern weiterhin umsatzsteuerfrei bleiben sollte?

Ja.

Frage 9: Welchen Stellenwert nimmt nach Meinung Ihrer Partei die Einführung der medienbruchfreien Bearbeitung des BAföG und der für Studierende einfach nutzbaren Online-Antragstellung ein?

Die Bürokratie muss durch ein zentrales Register verschlankt werden. Wir wollen dabei zur Entlastung der Mitarbeiter verstärkt auf Digitalisierung, Automatisierung und KI-Elemente setzen, damit diese sich besser auf den individuellen Kontakt zu den Studierenden konzentrieren können. Dies und die Einrichtung einer modernen, intuitiv nutzbaren Onlineplattform erleichtert nicht zuletzt auch Studierenden den Zugang zum BAföG-System. Es ist für uns selbstverständlich, dabei auf Transparenz, Datensparsamkeit und Sicherheit zu

achten. Studierende sollten jederzeit den vollen Überblick über die von ihnen gespeicherten Daten haben.